

APPLE

Mehr als ein Hype

Nun ist es endlich raus: Apple bringt ein Musik-Handy auf dem Markt. Seit Monaten schon fiebert die Fange-meinde des Musikspielers iPod dieser Ankündigung entgegen. Jedes Gerücht über den Marktstart, über mögliche Vertriebsmodelle oder Zulieferer hat in dieser Zeit die Aktienkurse der beteiligten Unternehmen beflügelt. Dennoch ist das iPhone mehr als nur ein Hype. Für die etablierten Handy-Hersteller wie Nokia, Motorola und Samsung ist es keine gute Nachricht. Diese argumen-tieren zwar, dass die zehn Mil-lionen Geräte, die Apple-Chef Steve Jobs bis 2008 verkaufen will, gerade mal ein Prozent des Marktes ausmachen. Das stimmt zwar, ist aber nicht die ganze Wahrheit. Denn Jobs hat gar nicht den Massenmarkt im Visier. Er attackiert das teure Segment der Multi-media-Handys. Das iPhone spielt Musik und Videos, ruft E-Mails ab und macht Fotos. Nur etwa jedes zehnte Handy auf dem Markt ist mit derart vielen Funk-tionen ausgestattet. Zehn Millio-nen verkaufte iPhones bedeuten in diesem Luxus-Segment bereits einen Marktanteil von zehn Pro-zent. Aber nicht nur das: Die teuren Multimedia-Geräte sind für die Hersteller ein besonders wichti-ger Teil ihres Geschäfts. Denn dort wird das Geld verdient. Die Handy-Hersteller benötigen diese hohen Margen, um die geringeren Renditen aus dem Geschäft in Schwellenländern zu kompensie-ren. Dahin wenden sie sich derzeit verstärkt, um weiter zu wachsen. Dort können sie zwar anders als in den Industrienationen viele neue Kunden gewinnen. Diese fragen aber nur billige Geräte nach, die geringe Margen bringen. Apple at-tackiert die etablierten Betreiber also in einer Nische. Aber eben in der wichtigsten, die es in der Bran-che gibt.

louven@handelsblatt.com

ENERGIEPOLITIK

Barrosos halbe Wahrheit

Da hat sich der sonst so ängstliche José Manuel Barroso weit aus dem Fenster gelehnt: Den Energiekonzernen will der EU-Kommissionspräsident ihre Leitungsnetze wegnehmen, den 27 Mitgliedstaaten ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz und bei den erneuerbaren Energien vorschreiben, und in der Energieaußenpolitik gibt künftig Brüssel die Richtung vor. Das und noch eini-ges mehr schlägt sein gestern ver-öffentlichtes Strategiepapier vor. Man kann das Werk mit dem heute üblichen brüsselerkritischen Alarmismus lesen und zum Ergeb-nis kommen, der Mann habe einen Knall. Man kann es aber auch als den Anstoß für eine längst überfällige Debatte begreifen. Zum Bei-spiel über mögliche Wege der EU, sich unabhängiger zu machen von ihren politisch labilen Energielie-feranten. Oder über die künftige Rolle der Atomkraft. Oder eben da-rüber, ob echter Wettbewerb auf den Energiemärkten nur bei einer Trennung von Produktion und Netzbetrieb möglich ist. Die Pipe-line-Blockade, der warme Winter, die überhöhten Strompreise – An-lässe zum Kurswechsel gibt es ge-nug. Wohlgermerkt, Barrosos Strate-giepapier enthält dazu nur Vor-schläge. Die Mitgliedstaaten wer-den entscheiden, was davon am Ende umgesetzt wird. Und dabei wird sich die ein oder andere Idee vermutlich als illusorisch erwei-sen, etwa ein gesetzlicher Zwang zum Verkauf der Leitungsnetze. Um die wichtigste Frage aller-dings hat sich Barroso herumge-mogelt: Was wird, was muss Ener-gie künftig kosten? Sein Papier ver-spricht geringere Preise durch mehr Wettbewerb. Gleichzeitig rechnet es die Milliardenkosten für den Ausbau erneuerbarer Ener-gien vor. Es wäre besser gewesen, Barroso hätte die unbequeme Wahrheit gesagt: Energie wird teu-er werden, und sie muss es auch, damit verantwortungsvoller mit ihr umgegangen wird.

hauschild@handelsblatt.com

BÖRSENFUSIONEN

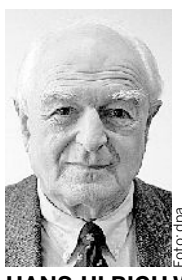
Wo bleibt Francioni?

Wer bei der Deutschen Börse geglaubt hatte, dass beim Thema Börsenfusionen nach der verlorenen Schlacht um die Euro-next Ruhe einkehren würde, sieht sich getäuscht. Nach der Über-nahme der französischen dominierten Euronext durch die New York-er Börse (Nyse) dreht sich das Rad munter weiter. Einerseits eher leise: So räumt die schwedische OMX einen Auftrag für Handels-systeme bei kleineren Börsen nach dem anderen ab. Aber es geht auch lauter: Die Nyse steigt gemeinsam mit Partnern bei Indiens größter Börse NSE ein und spinnt weiter ihr globales Netz. Auf beiden Ebenen wollte und will immer noch eigentlich auch die Deutsche Börse punkten. Doch bislang ist nichts passiert. Börsenchef Reto Francioni ver-weist stattdessen durchaus berech-tigt auf ein boomendes operatives Geschäft, in dem Margen erzielt werden, die die meisten anderen Konzernvorstände in Deutschland vor Neid erblassen lassen. „Wir können auch alleine“, lautet seine Botschaft. Unterstützt wird er inter-essanterweise gerade jetzt von je-nen Banken, die bis vor kurzem den Abwehrkampf der Euronext gegen Frankfurt organisiert haben. Sie überbieten sich mit optimisti-schen Kurszielen. Man darf aber aus drei Gründen bezweifeln, dass dies Francioni auf Dauer hilft. Erstens: Kein Boom hält ewig. Zweitens: Die Banken re-voltieren bereits. Sie wollen Gebüh-rensenkungen und drohen mit einem eigenen Handelssystem. Bei-des sind Belastungen für die Ge-winnsituation, die man aber durch externes Wachstum auffangen könnte. Der dritte Grund liegt am schwersten: Die Hedge-Fonds, die Francioni in die Fusion mit der Euro-next treiben wollten, um selbst Kasse zu machen, werden keine Ruhe geben. Man darf also auf die nächste Initiative des Börsenchefs gespannt sein.

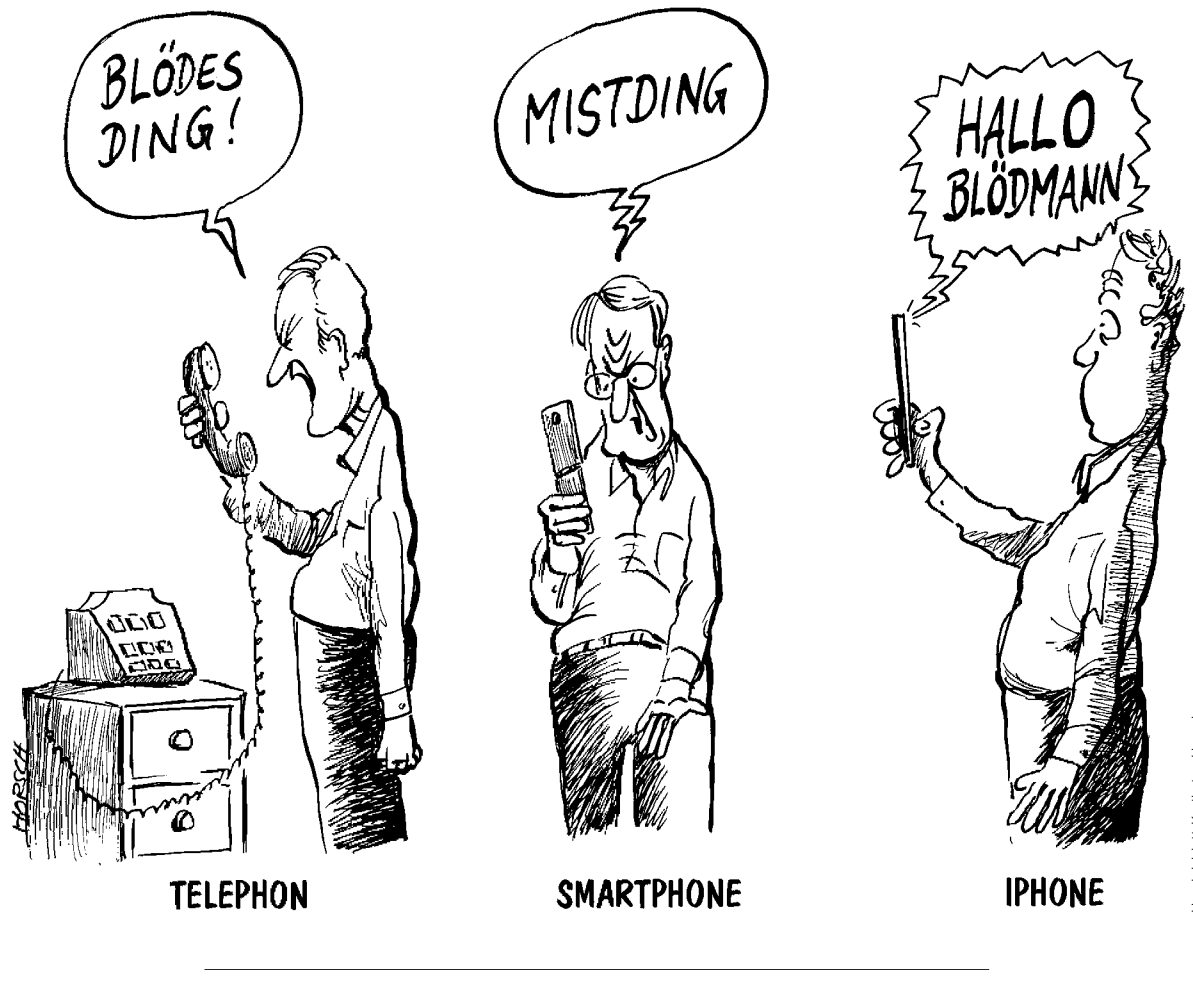
benders@handelsblatt.com

ZITAT DES TAGES

„Die Behandlung von Figuren wie Lenin, Stalin und Hitler ist besser bei Wissenschaftlern aufgehoben als in einer Persiflage.“



HANS-ULRICH WEHLER, Historiker, anlässlich der Erstaufführung des Films „Mein Führer“ des jüdischen Regisseurs Dani Levy.



TELEPHON SMARTPHONE IPHONE

CDU/CSU

Atomarer Rückzug

KLAUS STRATMANN

In diesen Tagen flackert die alte Energiepolitik der Union noch einmal auf. Die Unterbrechung des Öltransports durch die „Druschba“-Pipeline aus Russland via Weißrussland machte es möglich. Führende Unionspolitiker nutzen den Fall, um das Thema Versorgungssicherheit in den Fokus zu rücken und die Bedeutung der Atomkraft zu betonen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel macht mit. Doch wer genau hinzuhört, merkt, dass es sich um Rückzugsgefechte handelt. In Wahrheit fügt sich die Union in die koalitionsinternen Zwänge. Das gilt auch für andere energiepolitische Fragen. Die Energiepolitik der Union führt zuerst auf einer ge-hörigen Portion Pragmatismus, ein-deutiger Klientelpolitik und zu einem geringen Teil auf Überzeugung. Nach gut einem Jahr Regierungsar-beit muss sich die Union eingestehen: Die SPD hat in der Energiepolitik viel-leicht nicht immer die besseren Sach-argumente, aber doch die besseren Karten. Die Trümpfe hat den Sozialde-mokraten in erster Linie der Koaliti-onsvertrag beschert. Das Thema Atomausstieg ist dort ganz im Sinn der SPD abgehandelt: Man findet kei-nen gemeinsamen Standpunkt, also gilt der von der Vorgängerregierung unter Beteiligung der SPD ausgehan-delte Atomausstieg fort. Auch in der Frage der Endlagerung werden sich CDU und CSU den Sozials-demokraten beugen. Das Thema soll laut Koalitionsvertrag „zügig und ergbnisorientiert“ behandelt werden. Mit dieser Formulierung lässt sich we-nig anfangen. Die SPD wird das Thema weiter mit spitzen Fingern an-fassen. Weder in der Frage der Lauf-zeiten noch bei der Endlagerung sitzt die Union im Fahrerhaus. Die Kanzlerin hat sich dem Druck des Koalitionspartners ergeben: Selbst unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes sei ein längerer Ein-satz von Atomkraftwerken nicht zwin-gend erforderlich, sagt Merkel. Zurückhaltend äußert sie sich auch zu den Aussichten der Energieversorger RWE und EnBW, die beantragt haben, Reststrommengen von neuen auf alte Kernkraftwerke zu übertragen, um so die Laufzeit der älteren Anlagen zu verlängern. Das Verfahren sei klar, der Umweltminister entscheide darüber nach Beratung mit dem Kanzler-amt und dem Wirtschaftsminister. „Wir haben hier klare Regeln, und diese werden nicht geändert“, sagt Merkel und erinnert die Versorger daran, dass sie den Atomausstieg mit un-terschiedlichen haben. Mit anderen Worten: Wenn Um-weltminister Sigmar Gabriel (SPD) die Anträge ablehnt, wird Merkel ihn nicht zurückpfeifen. Zwar sagt Mer-kel, sie selbst würde die Atomkraft-werke weiter laufen lassen. Doch schmilzt diese Aussage zu einer pri-vaten Meinungsäußerung zusammen. Die modifizierte Politik, die sich bei der Atomenergie notgedrungen ergibt, entwickelt sich in der Union an anderer Stelle aus Überzeugung. Längst steht etwa Unionsfraktions-vize Katherina Reiche in der Frage der erneuerbaren Energien auf der Seite des Koalitionspartners. Die Ver-

einbarung des Koalitionsvertrages, dem Ökostrom bis 2020 zu einem Anteil von 20 Prozent an der Strompro-duktion zu verhelfen, reicht ihr nicht mehr aus. 25 Prozent sollten es schon sein, sagt Reiche, die damit exakt die Position von Umweltminister Sigmar Gabriel vertritt. Längst haben Unionspolitiker dazu beigetragen, den Ökostrom aus der Nische zu holen. Dahinter steht die Einsicht: Wie auch immer man zu den Fördermechanismen stehen mag – die Stromgewinnung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse birgt Po-tenziale, die so oder so gehoben wer-den müssen. Das sieht auch die CSU so, deren Landesgruppenchef Peter Ramsauer persönlich gar kein Kernkraftfreund ist. Teile der Christsozialen agieren auch wahltaktisch: Das Positionspapier der CSU-Landesgruppe im Bun-destag für die Klausurtagung in Wild-bad Kreuth befasst sich in seinem ersten Kapitel mit den Erneuerbaren und kommt zu dem Schluss, dass die konstante Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien höher geför-dert werden muss als die ungleichmä-ßige Einspeisung. Die bayerischen Bauern mit ihren Biogasanlagen wer-den diese Zielsetzung begrüßen, der norddeutsche Windmüller wendet sich ab mit Grausen. Ob aus der Not geboren oder aus tiefer Überzeugung – die Union schlägt in der Energiepolitik einen Kurs ein, der zu dem Versuch passt, eine moderne Mitte stärker an sich zu binden.

stratmann@handelsblatt.com

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

Vom Liliputaner zur Mittelmacht

Wir brauchen einen globalen Atlantizismus, um unsere außenpolitische Strategiefähigkeit stärken zu können

Wer in politischen Berlin noch nicht transatlantisch gefühlstüchtig hat, muss sich ernsthafte berufliche Sorgen machen. Noch vor drei Jahren war die Titulierung „Transatlantiker“ eine Be-schimpfung. Heute kann man sich vor transatlantischen Diskussions-runden beim Frühstück, Lunch, Snack oder Wein kaum retten. So begrüßenswert dies nach dem von Gerhard Schröder und George W. Bush ausgelösten außenpoliti-schen Debakel auch ist, so sehr läuft die neue transatlantische Eventkul-tur Gefahr, an den zentralen Heraus-forderungen vorbei zu schießen. Diese spiegeln sich in der Agenda des jüngsten Treffens zwischen der Bundeskanzlerin und dem US-Prä-sidenten deutlicher denn je. Trotz Bushs Liebe zur Nackenmas-sage und Angela Merkels sanfter au-ßenpolitischer Art wird politisch nicht nur gekuschelt: Brenzlige glo-bale Themen beherrschen die Tages-ordnung: Iran, Irak, Afghanistan, Doha und Kyoto. Die transatlanti-sche Agenda ist längst global gewor-den, nur die transatlantische Diskus-sion in Berlin verharrt allzu oft im Trotz des wechselseitigen Tempera-turfühens. Dieses Verharren ist symptoma-tisch. In puncto außenpolitische Stra-tegiefähigkeit ist Deutschland noch

Wissenschaft und Praxis. Nur selten gelingt die erfolgreiche Bündelung vorhandener akademischer Exzel-lenz in fundierten, präzisen und pra-xisrelevanten Denkprodukten, die Entscheidungssträgern das Für und Wider verschiedener Handlungsstra-tegien präsentieren. Themen wie Führung und Organisationsreform



THORSTEN BENNER (Bild) und Sergey Lagodinsky forschen am Global Public Policy Institute.

sowie Methoden wie Szenarienpla-nung gehören allzu selten zum Reper-toire deutscher Forscher. Hinzu kommt, dass die Karriere-wege in Deutschland immer noch weitgehend in Silos verlaufen. Es fehlt ein „revolving door“ zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Think-Tanks. Zudem mangelt es an Risikokapital für innovative inhalt-lich-strategische Arbeit. Stiftungen verstehen sich zu selten als Investo-ren in neue Ideen und Formate. Und wenn Unternehmen Geld für außen-politische Aktivitäten zur Verfügung stellen, dann ist es oft für Show, nicht

für Substanz. Aber Häppchenpartys können eben keine wirkliche strategi-sche Arbeit ersetzen. Dies alles muss sich ändern. Denn Deutschlands Rückkehr auf die Welt-bühne verlangt dringend nach einer Stärkung seiner außenpolitischen Strategiefähigkeit. Grundstein sollte ein globaler Atlantizismus sein, der die transatlantische Beziehung nicht als Selbstzweck, sondern als Con-ditio sine qua non für das Angehen glo-baler Probleme betrachtet. Der Fokus sollte dabei auf der zen-tralen Herausforderung der näch-sten Jahrzehnte liegen: Gestaltung des Übergangs in eine multipolare Welt, in der der Westen nicht mehr allein den Ton angeben wird. Dafür gilt es, diesseits des Atlantiks den Aufbau strategischer Kapazitäten voranzu-treiben, die sich innereuropäisch und global vernetzen. Einige wenige Initiativen gibt es be-reits. Das von der Friedrich-Ebert-Stif-tung organisierte Netzwerk „Globale Atlantiker“ bringt parteiübergreifend deutsche und US-amerikanische Pa-rlamentarier sowie Mitarbeiter von Think-Tanks zu halbjährlich stattfin-denden Strategietreffen zusammen, wo unter anderem ein gemeinsames Papier zur Iran-Frage formuliert wurde. In der „Bucerius Summer School on Global Governance“ treffen sich jedes Jahr 50 Nachwuchskräfte aus allen fünf Kontinenten zu einer zweiwöchigen Diskussion über glo-bale Herausforderungen. Damit wird ein langfristig ausgerichtetes Netz-werk installiert. Der German Mar-shall Fund in Berlin setzt wie die Stif-tung Wissenschaft und Politik und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik zunehmend Themen wie glo-bale Energiesicherheit, China und Welthandel auf die Tagesordnung. Gegenwärtig sind diese Initiativen aber nicht mehr als der sprich-wörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Wir benötigen noch mehr sol-che Programme, die in unsere strate-gische Zukunftsfähigkeit investieren. Und diese Investitionen dürfen nicht nur auf die Elitenzirkel beschränkt sein. Langfristig kann eine Außenpo-litik nur dann erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftlich eingebet-tet ist durch eine breite Diskussion in den Medien und auch eine Veranke-rung in den Schulen, Parteien und anderen Teilen der Zivilgesellschaft. Mit einem gesellschaftlich verankerten, europäisch vernetzten und global ausgerichteten Atlantizismus können wir zuversichtlich in unsere multipolare Zukunft starten. Nun gilt es, das Jahr der deutschen Doppelprä-sidentschaft in EU und G8 zu einer er-folgreichen ersten Station auf dieser Reise zu gestalten.

gastautor@handelsblatt.com

IRAN

Falsche Taktik

MATHIAS BRÜGGMANN

Alleingänge scheinen trotz al-ler Fehler, Rückschläge und sogar eines Wahldebakels als Folge seiner Irak-Politik auch weiterhin die Politik von George W. Bush zu prägen. Dies gilt auch für seine gegen Iran gerichtete Strategie: Dort drängt Washing-ton ausländische Firmen massiv dazu, keine Geschäfte mehr mit den Mullahs abzuwickeln. Diese Forderung wird mit der Androhung garniert, die betroffe-nen Firmen könnten im Fall einer Weigerung Einbußen in ihrem US-Geschäft erleiden. Der US-Druck geht dabei weit über die vom Uno-Sicherheitsrat gegen Te-heran verhängten Sanktionen hin-aus. Das ist Erpressung pur und eine Machtpolitik, gegen die Europa sich im Fall Russlands etwa geschlossen wehren würde. Doch mit Amerika-nern will man sich mit Blick auf Iran of-fensichtlich nicht anlegen – zum Schaden der eigenen Un-ternehmen. Die US-Regie-rung will im Allein-gang durchsetzen, was ihr im Rahmen der Uno nicht möglich ist: eine Wirtschaftsblockade Irans. Da we-der europäische Regierungen und erst recht nicht China und Russ-land einer solchen totalen Blo-kade folgen wollen, setzt Wash-ington nun einzelne Unterneh-men direkt unter Druck. Denn diese bekommen solche Zwänge direkt zu spüren. Es ist daher durchaus verständ-lich, dass etwa die Commerzbank und andere Kreditinstitute ihre Dollar-Transaktionen mit Iran ein-stellen. Allerdings sind dies keine Entscheidungen, die leicht zu tref-fen sind. Denn die betroffenen Banken und Industrieunterneh-men wissen sehr wohl, dass sie, sollten sie sich vollständig aus Te-heran zurückziehen, bei einer Nor-malisierung der Lage im Mittleren Osten bei neuen Aufträgen leer ausgehen würden. Das hat ihnen Irans Regime längst klar gemacht. Auch in anderen nahöstlichen Län-der punkten europäische Firmen oftmals vor allem deshalb, weil sich Deutschland oder Frankreich nicht immer leichtfertig allen ameri-kanischen Wünschen beugen. Diesen Trumpf sollte die Bun-desregierung nicht verspielen. Sie und ihre EU-Partner müssten sich stärker schützen vor die Unter-nehmen stellen. Denn deutsche oder britische Auflagen für Ge-schäfte mit Iran sind vollkommen ausreichend. Zudem ist eine so wichtige Frage wie die nuklearen Ambitionen der Mullahs, wenn überhaupt, nur im Rahmen der Vereinten Nationen zu lösen. Aber den amerikanischen Präsi-dent will mit Teheran eben um kei-nen Preis reden, zumindest bis-

lang nicht. Die diplomatischen Be-ziehungen zu Iran hatte Washing-ton nach der Besetzung der Tehe-raner US-Botschaft kurz nach der „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979 abgebrochen. Und es wäre na-türlich ein Treppenwitz der Ge-schichte, wenn ausgerechnet der Israel-Hasser und radikale irani-sche Präsident Mahmud Ahmadi-nedschad die Amerikaner zu Ver-handlungen bewegen könnte. Das war schon Ahmadinedschads als li-beral geltendem Vorgänger Mo-hammad Chatami zwei Amtszei-ten lang verweigert worden. Doch dies war, wie man heute weiß, ein Fehler. Denn die man-gelnde Bereitschaft des Westens zum Dialog mit den iranischen Re-formern hat dort die Hardliner an die Macht gebracht. Nun gilt es zu entscheiden: Will der Westen noch tiefer in die Sackgasse der im-mer härteren, auch einseitig von den USA verhängten Sanktionen laufen? Oder kann nicht nur ein Kurswech-sel Erfolg bringen? Doch dazu müs-sen sich die USA bewegen. Und die Europäer, die in dieser Frage anders als im Konflikt mit dem Irak nicht gespalten sind, sollten auf Washington Druck ausüben, um ihre wirtschaftlichen Interes-sen wahren zu können. In Iran jedenfalls nützen die Sanktionen nach dem Falken Ahma-dinedschad: Der Präsident kann seine verheerende Wirtschaftspo-litik seinen Landsleuten propagan-distisch als Folge des Embargos verkaufen. Zudem: Bislang kann Teheran das US-Embargo durchaus umge-hen. Das kostet zwar einige Mühe, gelingt aber bislang erstaunlich gut. Dies vor allem deshalb, weil chinesische Unternehmen oder russische Konzerne allzu gern ein-springen, wenn europäischen oder amerikanischen Firmen etwa in Irans Energiesektor die Hände gebunden sind. Der beginnende Druck der USA auf Chinas Ölkonzerne wird nun zu einem wichtigen Machtkampf zwischen dem aufstrebenden Reich der Mitte und dem bis-herigen Weltpolizisten werden. Der Ausgang ist offen. Fidel Castro macht jedenfalls seit Jahrzehnten auf Kuba vor, wie man die Amerikaner über Deka-den hinweg ärgern kann. Bundes-kanzlerin Angela Merkel muss bei der Neujustierung der deutschen Außenpolitik also nicht nur das deutsch-russische Verhältnis auf eine neue Basis stellen, sondern eben auch die transatlantischen Beziehungen. Das Thema Iran kann dabei in beiden Fällen als Lackmestest dienen.

brueggmann@handelsblatt.com

Europas Firmen sollten dem amerikanischen Druck widerstehen.